

Presse-Information

**Expopharm
München, 7. bis 10. Oktober 2010**

Eröffnungsveranstaltung 7. Oktober 2010

Grußwort

Henning Fahrenkamp

**Hauptgeschäftsführer
Bundesverband der
Pharmazeutischen Industrie e.V.**

Frei zur Veröffentlichung ab Beginn der Veranstaltung.
Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einladung zur EXPOPHARM 2010. Sehr gern überbringe ich Ihnen die besten Grüße des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie und seiner Mitglieder.

Mit München haben Sie sich in diesem Jahr eine gesundheitspolitisch bedeutende Stadt ausgesucht. Die Koalition kann ein Lied davon singen. Kein Vorschlag bleibt unkommentiert und man kann den Eindruck gewinnen, dass die politische Stimmung die großen Bierzelte der Aschermittwochsveranstaltungen selten verlässt.

Sie können sich auch vorstellen, dass die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie das vergangene Jahr wenig genossen haben. Gab der Koalitionsvertrag hier und da Anlass zur Hoffnung, sah die Wirklichkeit doch eher nach Aschermittwoch aus.

Wir haben nun gut ein Jahr nach der letzten Bundestagswahl ein verspätetes Vorschaltgesetz mit drastischen Zwangsmaßnahmen wie einem massive erhöhten Herstellerabschlag und eine in einer nie dagewesene Länge eingeführten Preismoratorium. Die Sparmaßnahmen erinnern an Sozialdemokratische Kostendämpfungsansätze. Nicht umsonst titelte eine führende Tageszeitung vor wenigen Tagen „Zurück auf Schmidt“. Doch ein Zurück wäre ja fast noch besser. Diese alten Ideen wurden einfach in ihrer verfehlten Art noch potenziert und heraus kommen ein Preisdiktat und eine Regulierung, die sich so noch nie in einem bundesdeutschen Gesetz wiedergefunden haben. Man konnte den Eindruck gewinnen, als ginge es dem Minister ausschließlich um medial verwertbare Meldungen.

Und nun befinden wir uns noch in der Debatte um eine frühe Nutzenbewertung und die danach folgenden Verhandlungen mit dem Spitzenverband Bund. Interessant ist dabei, dass es eigentlich in der politischen Debatte kaum um den Nutzen, sondern nur um den Preis geht. Die Nutzenfrage wird insbesondere von den Krankenkassen nur diskutiert, um Geld zu sparen. Dass Arzneimittel wirken, dass Krankheiten heute geheilt werden kön-

nen, diese Aspekte suchen Sie in den Reden und Mitteilungen der Krankenkassen vergleichlich.

Ich möchte nicht verhehlen, dass wir einen neuen Weg brauchen, der langfristig die GKV finanzierbar hält, denn die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des medizinischen und technischen Fortschritts sind immens. Deshalb haben wir frühzeitig im Januar dieses Jahres ein Modell vorgelegt, das die Preisgestaltung im patentgeschützten Bereich nach wettbewerblichen Kriterien gestaltet und so zugleich den Interessen der Gesetzlichen Krankenversicherung nach planbaren Ausgaben, als auch den Interessen der pharmazeutischen Industrie nach Erträgen gerecht wird. Es war auffällig, wie groß das Interesse sowohl der Öffentlichkeit, als auch der anderen Beteiligten in der Gesundheitszene war. Allen voran die Politik. Denn unser Konzept war das Erste, das einen echten Ansatz zum fairen Austarieren der unterschiedlichen Interessen brachte. Zudem war es praktikabel. Einige finden sich auch in der politischen Debatte wieder. Doch wie immer, Konzepte müssen komplett umgesetzt werden, damit sie schlüssig sind und wirken können. Wenn aus einem logisch entwickelten Bauplan einzelne Teile herausgenommen und mit anderen kombiniert werden, kann das Ergebnis verheerend sein.

Das jetzt vorliegende Konzept ist ein solches Beispiel. Es ist nicht tragfähig! Der G-BA wird über ökonomische und politische Zweckmäßigkeits- und Präferenzentscheidungen befinden, die weit über medizinische Fachfragen hinausreichen. Woher nimmt er eigentlich die gesellschaftliche Legitimation? All diese Befugnisse – und damit Macht – erhält ein Gremium, das über den Leistungskatalog für rund 70 Millionen Bürger entscheidet - das aber fast kein Bundesbürger kennt. Wer vertritt in dieser Organisation eigentlich die Bevölkerung? Die sogenannten Patientenvertreter sind nicht durch Sozialwahlen gewählt und haben überdies kein Stimmrecht – von gewählten Repräsentanten der Bevölkerung keine Spur. Von der Industrie wollen wir hier gar nicht reden. Von den Apothekern auch nicht.

Doch nicht nur die Stellung des G-BA ist fragwürdig, auch die Ausgestaltung der frühen Nutzenbewertung und der Verhandlungslösung bedarf dringender Änderungen. Wenn wir

in den Entwurf des Gesetzes schauen, müssen wir feststellen, dass wir vollkommen unterschiedliche Nutzenbegriffe finden.

Gesetzliche Vorgaben zur Methodik, zu Nutzenaspekten und zum Verfahren suchen wir vergeblich und das, nachdem wir Jahre verloren haben, weil das IQWiG keine international anerkannte Methodik zu Wege brachte, sondern sich unbedingt ein Denkmal setzen wollte mit einem eigenen Effizienzgrenzmodell. Die vom IQWiG bisher praktizierte Bewertungsmethode hat sich als sehr zeitaufwendig, nicht sinnvoll und vor allem als innovationsfeindlich erwiesen. Wenn nun eine Bewertung regelhaft direkt nach der Zulassung stattfinden soll, muss sichergestellt werden, dass diese Bewertung wesentlich auf den Zulassungsstudien fußen muss. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wurde die Chance, internationale Standards einzuführen, erneut nicht genutzt. Die vorliegende Aufspaltung in eine frühe Nutzenbewertung nach bisher nicht veröffentlichten Methoden sowie nur Kosten-Nutzen-Bewertungen zu einem späteren Zeitpunkt, entsprechen erneut nicht den international üblichen Methoden. Auch fehlen für Deutschland weiterhin Grundlagen und Modelle für Kostenanalysen. Der Zugriff auf erforderliche Daten, z. B. Versorgungsdaten der Krankenkassen, ist bisher ebenfalls nicht geregelt.

Damit findet sich erneut ein Nebeneinander unterschiedlicher Regelungen, die die Gefahr willkürlicher Entscheidungen mit sich bringen. Hier sprechen wir aus leidvoller Erfahrung. Für den Forschungsstandort Deutschland und seine Konkurrenzfähigkeit ist es dringend erforderlich, dass alle Beteiligten sich schnellstens auf klare Regeln, eine international akzeptierte Methodik und einen nachvollziehbaren, verlässlichen Prozess einigen.

Aber es gibt auch einige politische Entscheidungen, die zwar den Unternehmen die Laune verhageln, aber in der gleichen Form auch zu direkten Problemen in der Apotheke, also in Ihrer Offizin führen. Wenige Wochen ist es her, da machte die Meldung die Runde, 3000 Arzneimittel würden nun wieder mit Zuzahlungen belegt. Es ging das Wort der Preiserhöhung durch die Runde. Mitnichten war dies der Fall, Sie wissen das. Die Hersteller konnten nur nach einer erneuten Absenkung der Festbeträge nicht noch weiter den Preis reduzieren. Doch diese Entscheidung, durch Gesetz vorgegeben und durch den Spitzen-

verband postwendend exekutiert wird Auswirkungen in der Offizin gehabt haben. Wenn ich an die E-Mails erboster Menschen denke, die bei uns eingegangen sind, kann ich mir Ihre Diskussionen lebhaft vorstellen. Dabei wäre es Aufgabe solche Entscheidungen, durch die Krankenkassen zu erklären. Sie sollten auch die Debatte mit den Versicherten führen, doch stattdessen überlasst man dies gerne Ihnen und erklärt uns zum Sündenbock.

Ein anders Beispiel ist die gesetzlich bald legitimierte Austauschbarkeit von Arzneimitteln, wenn sie für „ein gleiches Anwendungsgebiet“ zugelassen sind. Dies steht im Widerspruch zu den Regelungen zum Off-Label-Use, zum Zulassungsrecht und gefährdet massiv die Therapiesicherheit.

Solche Regelungen schaffen erhebliche haftungsrechtliche Probleme für Ärzte, Patienten, pharmazeutische Unternehmer und für Sie, da faktisch die Abgabe von Arzneimitteln in Indikationen erzwungen wird, für die sie nicht zugelassen und gekennzeichnet sind. Hier wird contra legem dem Off-label-use staatlicherseits Vorschub geleistet. Unglaublich!!

Lassen Sie mich abschließend eines feststellen. Die Apotheke und der Apotheker sind für uns wesentliche Partner in unserem Geschäft. Wir legen größten Wert auf Qualität und Sicherheit und genau dies finden wir bei Ihnen. Deshalb wären wir auch froh, wenn die leidige Diskussion um Pick up Stellen endlich in den Mottenkisten verschimmeln würde. Unsere Produkte sind zu wichtig, als das sie auf einem Ramschtisch in Supermärkten feilgeboten werden dürfen. Beratung, Kompetenz und gelernter Umgang mit pharmazeutischen Produkten muss Grundlage für deren Abgabe sein. Und da gibt es eben nur einen Partner: den Apotheker.

Wir freuen uns auf die weiterhin partnerschaftliche, gute Zusammenarbeit. Der EXPOPHARM 2010 wünsche ich viel Erfolg!